

# Presseinformation



## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 450.11 / 24.08.2011**

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 40 – Initiative für das Ehrenamt  
in Schleswig-Holstein

Dazu sagt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Monika Heinold:**

## Unsere Gesellschaft kann auf das ehrenamtliche Engagement nicht verzichten

Zuerst einmal vielen Dank für den ausführlichen Bericht. Ehrenamtliche MitarbeiterInnen in der Kinder- und Jugendarbeit, bei den Freiwilligen Feuerwehren, in der Bewährungshilfe, im Schieds- sowie Betreuungswesen, in der Umweltbildung - der Bericht beschreibt, wie vielseitig und facettenreich ehrenamtliches Engagement in Schleswig-Holstein ist, und wie gut die Chancen sind, dieses Engagement weiter zu fördern und auszubauen.

So heißt es in dem Bericht, dass bundesweit 17 Prozent der engagierten BürgerInnen es für möglich halten, ihr ehrenamtliches Engagement auszuweiten. Dieses Potenzial gilt es für Schleswig-Holstein in die Tat umzusetzen.

Schleswig-Holstein ist auf einem guten Weg: Beim Ranking der ehrenamtlichen Tätigkeit hat sich das Land von 2004 bis 2009 vom siebten auf den fünften Platz hochgearbeitet und nimmt damit im bundesweiten Vergleich einen Spitzenplatz ein. Im Jahr 2009 haben sich mehr als 37,6 Prozent aller über 14-jährigen Menschen in unserem Land mit durchschnittlich 17,4 Stunden monatlich ehrenamtlich engagiert.

Das ist eine hervorragende Ausgangslage für weitere Anstrengungen, damit das Ehrenamt für die Ehrenamtlichen attraktiv bleibt, bzw. attraktiv wird. Insbesondere mit Blick auf die Herausforderungen des demografischen Wandels muss es gelingen, das Ehrenamt weiter auszubauen, um das Potenzial der „Best Ager“ oder auch der „jungen Alten“ zu nutzen.

Und da freiwilliges Engagement – logischer Weise – freiwillig ist, müssen die Rahmenbedingungen stets überprüft und nachjustiert werden, damit die Bedingungen für beide Seiten stimmen. Dabei dürfen wir nicht den Fehler machen, originär staatliche Aufgaben ins Ehrenamt zu schieben, um öffentliche Ausgaben zu reduzieren, Ehrenamtliche dürfen nicht benutzt werden, um professionelle Arbeit durch billige Hilfskräfte zu ersetzen.

Gerade weil die Schnittstelle zwischen Ehrenamt und staatlicher Aufgabenerfüllung im sozialen Bereich sehr groß ist, müssen beide Aufgabenbereiche klar definiert werden. Dieses gilt auch für den neu geschaffenen Bundesfreiwilligendienst, auch hier müssen mögliche negative Folgen für die Wahrnehmung der Arbeit durch Fachkräfte ausgeschlossen werden.

Ehrenamtliche Leistung lässt sich schwer in Geld übersetzen, denn ehrenamtliches Engagement zeichnet sich ja gerade dadurch aus, dass es nicht in Mark und Pfennig – oder auch in Euro und Cent - bezifferbar ist. Dennoch ist es richtig, dass im Bericht eine Beispielrechnung aufgemacht wird, um ein Gespür für die großartige Leistung des Ehrenamtes zu bekommen:

Hätte unsere Gesellschaft für die im Jahr 2009 geleisteten 185 Millionen Stunden einen durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 20 Euro pro Stunde zahlen müssen, hätten wir einen Scheck in Höhe von 3,7 Mrd. Euro ausstellen müssen. Hinzu kommt, dass viele Ehrenamtliche auf mögliche Kostenerstattungsansprüche verzichten. Dieses Rechenbeispiel zeigt: Unsere Gesellschaft kann auf das ehrenamtliche Engagement nicht verzichten, das Ehrenamt ist Teil des Wohlfahrtsindexes.

Meine Fraktion bedankt sich bei all denjenigen, die durch ihren Einsatz zeigen, dass für sie nicht der finanzielle Gesichtspunkt, sondern ein funktionierender Sozialstaat im Vordergrund steht.

Ehrenamtliche berichten immer wieder, dass ihr Einsatz für sie ein Nehmen und Geben ist: sei es der Dank eines Obdachlosen, welcher bei der „Tafel“ Lebensmittel erhält, das Lächeln einer dementen Rentnerin in der Seniorensportgruppe oder auch die Erfahrung, mit einem Kind in der Lesepatenschaft die Abenteuer von Pippi Langstrumpf noch einmal hautnah zu erleben.

Meine Damen und Herren, unsere Aufgabe als PolitikerInnen ist es, bürokratische Hürden abzubauen, damit sich das Ehrenamt weiterhin gut entwickeln kann. Deshalb unterstützen wir das Bestreben der Landesregierung, die Regelungen im Einkommenssteuergesetz zu einer einheitlichen Befreiungsvorschrift zusammenzufassen und zu vereinfachen sowie im Gegenzug Höchstbeträge zu senken. Ebenso unterstützen wir einen Anschluss an die bayerische Bundesratsinitiative, dass die Wahrnehmung von Ehrenämtern keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist.

\*\*\*